Dienstag, 17. Juli 1928 - 76. Jahrgang Nr. 333

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2.30 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung der entsprechenden Zeitgelte. Anzeigen-Preise: Die 1gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 16 Pfennig; das fettgedruckte Wort 25 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 2440 bis 2462. Für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 234, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 61, Büchsenstr. 48, Fasanstr. 1, Pflichtstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 246, Grünwalder Strasse 107, Grosse Frankfurter Strasse 101, Kochhannstrasse 6, Königstr. 19, Köpenicker Strasse 67-68, Moritzplatz, Müllerstrasse 135, Potsdamer Strasse 53, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 73, Rosenthaler Strasse 45, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Wiener Strasse 1-6, Zimmerstrasse 59; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34, Nürnberger Str. 35-36, Scharrenstrasse 38, Tauentzienstrasse 3; Oppelsdr. Schlosstr. 1; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Hohrlettenpl.; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Cardstr. 1-3; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstrasse 32; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 7; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloss-Str. 25; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 15, Uhlandstr. 88; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 64, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „ULK"
7 Tage BERLIN UNSICHER

Regierungsnöte in Bayern – Amerika freut sich
Wie lange noch Bahn mit Leuchtgas?

Der Warschauer Weltfriedenskongress

Von

Prof. Dr. Hans Wehberg.

Seit im Jahre 1889 der erste Weltfriedenskongress zu Paris stattfand, hatten die Pazifisten aller Länder noch niemals in einer Stadt Osteuropas getagt. Es war daher von symbolischer Bedeutung, dass dieses Jahr der 26. Weltfriedenskongress in Warschau stattfand. Im Osten bedroht eine Fülle von Konflikten den Frieden Europas, denen man die grösste Aufmerksamkeit schenken muss.

Der Weltfriedenskongress hat sich jedoch, obwohl er den möglichst baldigen Abschluss eines gerechten Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen forderte und obwohl er auf eine Beschleunigung der Verhandlungen zwischen Polen und Litauen drang, in der Hauptsache nicht mit den grossen Fragen der aktuellen Politik Osteuropas befasst. Insbesondere wurde das Problem des Korridors auf der Konferenz nicht diskutiert. Wie Professor Quidde in seiner Begrüssungsansprache zutreffend betonte, ist es das beste, gewisse Deutschland und Polen trennende Fragen zunächst einmal bei Seite zu lassen.

Dagegen war die mündliche Aussprache zwischen den sehr zahlreich erschienenen Deutschen und den polnischen Gastgebern von hervorragendem Wert für die Annäherung zwischen Deutschland und Polen. Polnischerseits wurde durch eine nicht zu überbietende Gastfreundschaft alles Mögliche getan, um die deutschen Delegierten mit führenden Vertretern Polens in Berührung zu bringen. Die Beziehungen, die dadurch angebahnt wurden, werden über die Zeit des Kongresses hinaus ihre Wirkung ausüben.

Im einzelnen ergaben die Verhandlungen des Kongresses, die von dem früheren polnischen Innenminister Thugutt geleitet wurden, eine Reihe sehr bedeutsamer Beschlüsse. Auf Grund eines Referates von Delaisi, Professor an der Universität Paris, wurde der Meinung Ausdruck verliehen, dass ein wirtschaftlicher Ausgleich zwischen den Völkern nur durch Hebung der Kaufkraft der Agrarländer auf dem Wege internationaler Kreditgewährung zustandegebracht werden könne, und dass die Gewährung dieses Kredits auf der nächsten Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes studiert werden müsse. Eine ausschliesslich auf das Interesse eines bestimmten Kontinents gerichtete Wirtschaftspolitik wurde vom Kongress abgelehnt. Der deutsche Berichterstatter Dr. Richard Lewinsohn (Berlin) richtete die Aufmerksamkeit auf die Gefahren wirtschaftspolitischer, insbesondere handelspolitischer Konflikte, die unter dem Drucke der öffentlichen Meinung den Frieden ernstlich gefährden könnten. Er sprach den Wunsch aus, dass der Völkerbund spätestens drei Monate nach dem Ausbruch eines internationalen Wirtschaftskonflikts von sich aus die Initiative zu direkten Verhandlungen zwischen den Parteien ergreife, Untersuchungen veranstalte, Sachverständige herbeiziehe und äusserstenfalls ein Schiedsgericht einsetze. Er lenkte weiterhin die Aufmerksamkeit auf das Wiederanwachsen der rein privatwirtschaftlichen internationalen Kartelle und Trusts und befürwortete deren Kontrolle in sozialpolitischer und weltwirtschaftlicher Hinsicht durch den Völkerbund. In zwei Resolutionen wurden die Leitsätze des Referates Lewinsohns zusammengefasst und vom Kongress einstimmig angenommen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in China trat der belgische Senator La Fontaine dafür ein, dass der Bürgerkrieg genau so als Verbrechen betrachtet werde wie der zwischenstaatliche Krieg. Die Lieferung von Waffen und Munition an Kriegführende soll in dem einen wie dem anderen Falle verboten werden. Ferner wies La Fontaine darauf hin, dass Massnahmen zum Schutz von Leben und Eigentum derjenigen Fremden, die auf dem Gebiete eines Landes wohnen, das von einem Bürgerkrieg heimgesucht wird, nur vom Völkerbund ausgehen dürfen. Dieser allein soll das Recht der Intervention haben, so dass einseitige Massnahmen, wie sie z. B. Amerika in Nikaragua oder Japan in China vorgenommen haben, in Zukunft nicht mehr in Betracht kommen dürfen. Auch diese Vorschläge wurden vom Kongress einstimmig angenommen.

Zu sehr eingehenden Diskussionen kam es im Zusammenhang mit der Kriegsächtungsfrage. Ueber den Kellogg-Pakt gingen die Ansichten der Pazifisten sehr auseinander. Während die englischen und amerikanischen Pazifisten geneigt waren, einen solchen Pakt als welthistorisches Ereignis anzusehen, war die Mehrzahl der anderen Pazifisten viel skeptischer. Auch deutscherseits wurde stark auf die Lücken des Paktes hingewiesen. Aus der angenommenen Resolution, welche die Mächte auffordert, den amerikanischen Entwurf zunächst einmal zu unterzeichnen und zu ratifizieren, sei besonders der Schlusssatz hervorgehoben, in dem es heisst: „Nicht dem einzelnen Staate, sondern lediglich der überstaatlichen Rechtsorganisation darf fortan das Recht zustehen, die Lebensinteressen der Völker zu schützen."

Ueber die Frage der allgemeinen Abrüstung berichtete der frühere französische Deputierte Le Foyer. In der Debatte wurde von der Mehrzahl der Anwesenden, insbesondere von Frau Dr. Helene Stöcker, eine Abrüstung im Sinne der russischen Vorschläge und die Einberufung der Vorbereitenden Abrüstungskommission für Ende 1929 gefordert. Grossen Beifall fand ein politisches Referat von Lehmann-Russbüldt über die schweren Gefahren der privaten Rüstungsindustrie. Der Kongress forderte eine umfassende Statistik über Produktion und Handel von Kriegsmaterial.

Die Frage der Dienstverweigerung wurde diesmal nur nebenher erörtert, obwohl ein Antrag des Deutschen Friedenskartells über die Behandlung von Dienstverweigerern und ein anderer Antrag über das Recht und die Pflicht zur Dienstverweigerung bei einem völkerrechtlich verbotenen Kriege vorlagen. Ein mit knapper Mehrheit gefasster Beschluss des Kongresses wollte erneut Beschlüsse über dieses Problem vermeiden.

Das Problem der Erziehung wurde vor allem in einer grossen Rede des früheren französischen Ministers Buisson über die internationale Zusammenarbeit der Lehrer angeschnitten. Weiterhin wurde es auf polnische Initiative als die absolute moralische Pflicht eines jeden zivilisierten Volkes erklärt, durch die Bewilligung eines Kredits die Propaganda zugunsten des Friedens in stärkstem Masse zu unterstützen. Das ist ein bedeutsamer Beschluss angesichts der Tatsache, dass heute die Völkerbundligen fast aller Länder in starken Beziehungen zu ihren Regierungen stehen und daher die Friedensgesellschaften eine besonders wichtige Aufgabe im Dienste der Aufklärung der öffentlichen Meinung zu erfüllen haben.

Der Kongress hat, wenn er auch in einigen Fragen eine zu grosse Zurückhaltung gezeigt hat, sicherlich sehr wertvolle Anregungen für die Verständigung.

Wirrwarr im weiss-blauen Lager

Die bayerische Regierungskoalition zerschlagen — Bittgang zur Sozialdemokratie?

Die Regierungsbildung in Bayern ist seit den letzten Tagen in ein recht kritisches Stadium eingetreten. Nachdem zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Bayerischen Bauernbund ein endgültiger Bruch eingetreten ist, scheint die Aussicht auf die Wiederkehr des bisherigen reaktionären Regierungsblocks völlig gescheitert zu sein. Bei den Deutschnationalen befürchtet man sogar, dass die Bayerische Volkspartei darauf angewiesen sein werde, sich an die Sozialdemokraten zu wenden, um ihre Unterstützung für die Regierungsbildung zu gewinnen.

Bei der Neuwahl des bayerischen Landtags, die bekanntlich gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 20. Mai stattfand, hatten die Deutschnationalen ganz erhebliche Stimmenverluste zu verzeichnen, während die Bayerische Volkspartei kaum in der Lage war, ihren bisherigen Besitzstand an Mandaten zu halten. Inzwischen haben sich die Beziehungen zwischen den früheren Regierungsparteien so zugespitzt, dass die Wiederkehr der alten Koalition schon aus politischen Gründen in Frage gestellt war. Hinzu kommt noch, dass der nicht reaktionär eingestellte Bauerbund wenig Lust verspürt, an einer Rechtskoalition teilzunehmen, in der die Bauernpartei bestenfalls die Rolle eines unbequemen Anhängsels spielen könnte.

Indem der Bauernbund gegen die Bayerische Volkspartei und gegen die Deutschnationalen in eine offene Kampfstellung eingetreten ist, hat er die ganze Regierungsfrage ins Rollen gebracht.

Die reaktionären Parteien, die noch kurz vor der Wahl eine siegessichere Miene zur Schau getragen hatten, stehen der gegenwärtigen Krise völlig hilflos gegenüber. In der vorigen Woche hatten sie sich wiederum an den Bayerischen Bauernbund gewandt, um seine Mitwirkung bei der Bildung einer Rechtsregierung zu gewinnen. Als Antwort auf das erneute Liebeswerben der Reaktion stellte der Bauernbund die kategorische Bedingung, man müsste ihm mindestens zwei Ministersitze in der Regierung einräumen. Man sieht, die Rechtsblockherrschaft in Bayern ist schon so weit erschüttert, dass der Bauernbund es unternehmen kann, den anderen Parteien seine Bedingungen diktieren zu wollen.

In dieser hoffnungslosen Situation sieht sich die Bayerische Volkspartei genötigt, mit den Sozialdemokraten in Fühlung zu kommen. Diese Notwendigkeit wird allerdings von den Führern der weiss-blauen Partei als ein „Canossagang" schwerster Art empfunden, denn nach den gehässigen Angriffen, die man bisher gegen die Linke gerichtet hatte, kann man sich kaum dazu aufschwingen, den vielgeschmähten „Marxisten" die Hand zur Verständigung zu reichen. Herr Heldt und die Seinen sind zwar schon seit den letzten Wochen gegenüber der Linken etwas höflicher aufgetreten,

aber zu einem offiziellen Verhandlungsangebot hat man sich jetzt noch nicht bereitfinden können.

Bei den Deutschnationalen herrscht eine ausgesprochene Katzenjammerstimmung. Denn gerade ihrer katastrophalen Wahlniederlage ist es zuzuschreiben, dass jede Hoffnung auf eine reaktionäre Regierungsmehrheit geschwunden ist. Aber es ist nicht gerade ritterlich gehandelt, wenn jetzt die Deutschnationalen der Bayerischen Volkspartei den versteckten Vorwurf machen, dass sie angeblich die Sozialdemokratie „umwerbe". Jahrelang haben die Deutschnationalen ihre Beziehungen zur Bayerischen Volkspartei dazu ausgenutzt, Bayern zum Hort der schwarz-weiss-roten Diktaturschwärmerei zu machen. Und jetzt, wo die Bayerische Volkspartei unter den Folgen dieser Misswirtschaft in eine ernste Krise hineingeraten ist, versucht man auf deutschnationaler Seite über die angebliche „Kapitulation vor den Marxisten" zu spotten. Die Bayerische Volkspartei mag daran sehen, wie es um die Freundschaft der schwarz-weiss-roten Demagogen bestellt ist.